

Edmund Stoiber: Für dieses Land lohnt es sich, **hart zu arbeiten**

ANGELA MERKEL:

Reden des Kanzlerkandidaten von CDU und CSU, Edmund Stoiber, und der Parteivorsitzenden der CDU, Angela Merkel, bei der Großkundgebung am 31. Januar 2002 in Frankfurt am Main

Wir können nicht nur gewinnen. Wir werden gewinnen. Heute ist der **Auftakt** dazu

Seite 13–16

Für dieses Land lohnt es sich, hart zu arbeiten

CDU und CSU packen an

Hier in Frankfurt, in der Mainmetropole, mitten in Deutschland, kann heute jeder sehen: CDU und CSU packen an! Wir wollen Verantwortung übernehmen für die Zukunft Deutschlands! Wir wollen Deutschland wieder nach vorne bringen!

Rot-Grün hat abgewirtschaftet. Arbeitslosigkeit, Rezession, Neuverschuldung – Schröder hat Deutschland auf den letzten Platz in Europa geführt. Jetzt droht der Bundesregierung auch noch der blaue Brief aus Brüssel. Das haben die Menschen in diesem Land nicht verdient.

Gestern hat die Bundesregierung ihren Jahreswirtschaftsbericht vorgelegt – ein Armutszeugnis für die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung. Doch die Botschaft des Bundesfinanzministers lautet: Weiter so mit dieser Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Das ist verhängnisvoll für unser Land. Das müssen wir verhindern. Wir wollen aufbrechen zu einer neuen Politik für Deutschland. Hier in Frankfurt machen wir den Anfang.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde von CDU und CSU,

ein ganz herzliches Dankeschön Ihnen allen, jedem und jeder einzelnen von Ihnen für Ihr Kommen, für Ihr Interesse an den politischen Weichenstellungen für Deutschland.

Union im Aufschwung

Wir erleben momentan eine enorme Aufbruchstimmung in der Union.

In den jüngsten Umfragen liegen CDU und CSU wieder vor der SPD. Das zeigt:

- Wir können am 22. September gewinnen!
- Wir können die rot-grüne Bundesregierung ablösen!
- Die Menschen trauen uns zu, dass wir Deutschland gemeinsam wieder nach vorne bringen!

Und gemeinsam werden wir es schaffen. Dafür stehen 800.000 Mitglieder von CDU und CSU. Dafür stehen Tausende von Orts- und Kreisverbänden. Dafür stehen unsere Repräsentanten im Bund und in den Ländern.

Und ich verspreche Ihnen: Angela Merkel und ich werden gemeinsam mit ihnen für den Erfolg der Union und die Zukunft Deutschlands kämpfen.

Vielen Dank, liebe Angela Merkel, für Ihren großartigen Einsatz!

Gemeinsame Erfolge von CDU und CSU

CDU und CSU sind im Aufwind. Wir sind gut gestartet, aber wir haben noch einen langen Weg vor uns.

Diesen Weg wollen wir mit großer Geschlossenheit, Entschlossenheit und Zuversicht gehen! Das ist das Signal von Frankfurt: CDU und CSU setzen auf Sieg! Die Menschen haben immer auf CDU und

CSU vertraut, wenn Deutschland vor großen Herausforderungen stand:

■ **Gemeinsam haben CDU und CSU** in den schwierigen Jahren nach dem 2. Weltkrieg die Bundesrepublik Deutschland wieder in die westliche Staatengemeinschaft geführt. Konrad Adenauer und Franz Josef Strauß waren zutiefst davon überzeugt: Deutschland hat nur in einem westlichen Bündnis, in der Nato, in enger Bindung an unsere amerikanischen Freunde eine Zukunft – die Geschichte hat uns recht gegeben.

■ **Gemeinsam haben CDU und CSU** West-Deutschland seit den 50 er-Jahren in die europäische Integration geführt. Und CDU und CSU, Helmut Kohl und Theo Waigel waren es, die die europäische Währungsunion erfolgreich durchgesetzt haben. Die Europäische Union ist das größte Friedensprojekt, das es auf europäischem Boden je gegeben hat – die Geschichte hat uns auch hier recht gegeben. Diesem Erbe fühlen wir uns verpflichtet.

■ **Gemeinsam haben CDU und CSU** die Weichen für ein beispielloses Wirtschaftswunder im Westen Deutschlands gestellt. Ludwig Erhards Soziale Marktwirtschaft war nach dem Zweiten Weltkrieg das Aufbruchssignal, das gerade hier von Frankfurt ausging. Die Soziale Marktwirtschaft hat uns unter die erfolgreichsten Nationen in der Welt geführt. Da wollen und müssen wir wieder hin!

■ **Gemeinsam haben CDU und CSU** an der Einheit unseres Vaterlandes in Freiheit festgehalten. Und wir haben sie auch erreicht. Führende Sozialdemokraten hatten sich schon lange vom Ziel der Einheit verabschiedet.

Der heutige SPD-Vorsitzende und Bundeskanzler Gerhard Schröder hat noch im Herbst 1989 gesagt: „Die Wiedervereinigung als realistisches Ziel darzustellen, ist reaktionär und hochgefährlich.“

Wo hat Schröder gelebt?

Welch ein Glücksfall für Deutschland, dass 1989 der Bundeskanzler nicht Gerhard Schröder hieß, sondern Helmut Kohl!

In seiner Neujahrsansprache hat dieser Bundeskanzler die 80er und 90er Jahre pauschal als – ich zitiere –, „trübe Jahre“ bezeichnet. Wo hat dieser Mann damals eigentlich gelebt?

■ **War es denn trübe**, dass Deutschland in den 80-er Jahren einen langanhaltenden Aufschwung erlebt hat?

■ **War es denn trübe**, dass die Teilung Deutschlands überwunden wurde, dass es seit 1989 für alle Menschen in Deutschland Einigkeit und Recht und Freiheit gibt?

■ **War es denn trübe**, dass der Kalte Krieg endlich beendet war und 600.000 russische Soldaten unser Land als Freunde verlassen haben?

Das waren keine trüben Jahre, das waren wahrlich gute Jahre für Deutschland! Das einzige, was wirklich trübe ist, ist die Optik dieses Bundeskanzlers!

Es wird ihm nicht gelingen, die Leistungen der Union und der Menschen in unserem geeinten Vaterland zu verdunkeln!

Die Jahrzehnte, in denen CDU und CSU den Bundeskanzler gestellt haben, waren gute und erfolgreiche Zeiten für unser Land. Darauf können wir stolz sein. Daraus können wir auch Erfahrung, Zuversicht und Kraft schöpfen. Diese Kraft wollen wir einsetzen für die Zukunft unseres Landes.

Wir stehen vor gewaltigen Problemen

Deutschland steht vor gewaltigen Problemen, auf die Rot-Grün keine Antworten hat:

Dabei geht es um mehr als um Wirtschaftskraft und Konjunkturdaten – so wichtig diese sind und so hart wir für diese arbeiten müssen, weil sie die Grundvoraussetzung für die Lösung vieler anstehender Probleme sind.

- **Es geht um** die Entfaltung der Leistungskräfte, die in unserem Land und seinen Menschen stecken.
- **Es geht auch um** den sozialen Zusammenhalt in unserem Land.
- **Es geht um** die Familien und die Lebensperspektiven unser Kinder.
- **Es geht um** die innere, äußere und soziale Sicherheit unseres Landes.
- **Es geht um** die kulturelle und nationale Identität unseres Volkes.

Es geht um die Zukunft unseres Landes

Wie soll unser Land in 10 oder 20 Jahren aussehen? Was wird uns dann zusammenhalten?

Das einigende Band war in Deutschland weniger als in anderen Ländern der Nationalstolz, denn das ist angesichts unserer Geschichte zu Recht ein schwieriges Thema.

Verbindend war vor allem der Stolz auf unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Verbindend war der Stolz der Frauen und Männer, die dieses Land wieder aufgebaut haben.

Das war auch die Leistung der Heimatvertriebenen, die hier aufgenommen wurden und eine neue Heimat gefunden haben. Deshalb ist es unerträglich, in welcher Art und Weise der tschechische Ministerpräsident Zeman unsere sudetendeutschen Landsleute kollektiv als „fünfte Kolonne Hitlers“ bezeichnet hat. Das ist nicht der Umgangston, den wir im gemeinsamen europäischen Haus pflegen sollten.

Ich erwarte vom Bundeskanzler, dass er sich klar und deutlich vor die Heimatvertriebenen stellt, die bei Flucht und Vertreibung unsägliches Leid ertragen mussten.

Zusammengehalten hat Deutschland ganz entscheidend auch die soziale Leistungsfähigkeit unseres Landes, der soziale Friede und die soziale Sicherheit, gerade auch für die Schwächeren in unserer Gesellschaft. Darauf waren und sind wir mit Recht stolz!

Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit verloren: Schlusslicht!

Daher trifft es gerade Deutschland besonders hart, dass wir unsere wirtschaftliche und soziale Leistungsfähigkeit immer mehr verlieren. Das rührt an die tragenden Fundamente unseres Landes und auch an die Existenz vieler Menschen in unserem Land!

Früher war Deutschland Wirtschaftslokomotive und Wachstumsmotor in Europa. Heute haben wir die rote Laterne mit dem schwächsten Wirtschaftswachstum in der Europäischen Union. Wir schaffen am wenigsten neue Arbeitsplätze.

Die rote Laterne passt vielleicht zu den Roten, sie passt nicht zu Deutschland!

Wir müssen wieder weg vom Tabellenende. Dafür hat Rot-Grün keine Konzepte!

Mit Deutschland verbindet man in der Welt traditionell auch Spitzenleistungen in Wissenschaft und Technik. Max Planck, Werner Heisenberg, Albert Einstein – diese großen Nobelpreisträger aus Deutschland haben die Naturwissenschaften revolutioniert.

Entscheidende Voraussetzung für Erfolg war und ist ein hervorragendes Bildungssystem. Deutsche Schulen und Universitäten standen für Qualität und hohes Niveau.

Heute droht Deutschland den internationalen Anschluss zu verlieren. Die jüngst veröffentlichte PISA-Studie zeigt: Deutsche Schüler schneiden im internationalen Vergleich leider schlecht ab.

Die Ursachen sind sicher vielfältig. Aber entscheidend war mit Sicherheit auch die sozialdemokratische Bildungspolitik mit ihrer Leistungsfeindlichkeit und Gleichmacherei.

Die Bildung unserer Kinder ist die Zukunft unseres Landes! Wir wollen, dass Deutschland wieder Spitze wird in Bildung und Wissenschaft!

Soziale Stabilität bedroht

Auch die soziale Stabilität, der soziale Zusammenhalt unseres Volkes ist heute bedroht. Das größte soziale Problem ist die Massenarbeitslosigkeit. Arbeit zu haben bedeutet Einkommen, soziale Sicherheit, Unabhängigkeit, soziale Anerkennung.

Über 4 Millionen Arbeitslose haben diese Sicherheit und Anerkennung nicht. Das nimmt vielen Menschen Hoffnung und Lebensperspektive. Laut Umfragen hat jeder vierte Mensch Angst um seinen Arbeitsplatz. Das spaltet dieses Land!

Wie tönte Schröder noch vor seinem Amtsantritt:

„Wenn wir es in den ersten Jahren nicht schaffen, die Arbeitslosigkeit deutlich zu senken, dann haben wir es nicht verdient, weiter zu regieren.“
(Schröder am 26. Juli 1998 auf einer Kundgebung in Nürnberg).

Wo er Recht hat, hat er Recht!

Wirtschafts- und arbeitsmarktpolitisch hat er offensichtlich das Regieren schon eingestellt. Deshalb ist auch das Bündnis für Arbeit leider geplätzt. Rot-Grün hat kei-

ne Konzepte zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Gerhard Schröder ist mit seiner ruhigen Hand gescheitert!

Wenn der Bundeskanzler glaubt, er könne alleine mit spektakulären Firmenrettungen wie bei Holzmann oder wie beim Bombardier-Werk in Sachsen-Anhalt die grundlegenden Probleme lösen, dann irrt er sich.

Jeder gerettete Arbeitsplatz ist erfreulich. Aber punktuelles Krisenmanagement genügt nicht. Der Bundeskanzler ist dafür verantwortlich, dass die Rahmenbedingungen für die gesamte Wirtschaft stimmen.

Mit den richtigen Rahmenbedingungen könnten wir Arbeitsplätze für Hunderttausende schaffen und sichern. Hier aber hat der Bundeskanzler versagt! Und Arbeitsminister Riester kommt schon gar nicht mehr vor.

Schere zwischen Ost und West geht auseinander

Die ruhige Hand pflegt Schröder auch beim Aufbau Ost. Das ist für den Osten Deutschlands fatal. Die Schere zwischen Ost und West geht immer weiter auseinander. Die neuen Länder fallen weiter zurück – beim Wirtschaftswachstum, bei der Arbeitslosigkeit!

Die Folge ist, dass gerade junge und kreative Menschen resignieren und abwandern. Ganz Deutschland kann aber nur wieder nach vorne kommen, wenn der Osten aufholt!

Das wird mir ein ganz besonderes Anliegen sein. Deswegen werde ich nächste Woche in Neubrandenburg einen der Brennpunkte der Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland besuchen, mit den Menschen sprechen und mir selbst ein Bild machen.

Generationenvertrag funktioniert nicht mehr

Der Zusammenhalt eines Volkes beruht auch auf dem ausgewogenen Verhältnis der Generationen, von Jung und Alt, Kindern, Eltern und Großeltern, Arbeitnehmern und Rentnern.

Doch in Deutschland werden immer weniger Kinder geboren. 1961 gab es noch über 1,3 Millionen Geburten in der alten Bundesrepublik, 1981 waren es nur noch 860.000 und im Jahr 2000 – nach der Wiedervereinigung im geeinten Deutschland – nur noch 766.000.

■ **Weniger Kinder und junge Menschen** heißt: weniger Vitalität und Zukunftsdenken in unserem Volk.

■ **Weniger Kinder und junge Menschen** heißt: weniger Erfahrung von Lebenssinn und Lebensfreude, weniger Zusammenhalt zwischen Jung und Alt in unserem Land.

■ **Weniger Kinder und junge Menschen** heißt schließlich: der Generationenvertrag zwischen denjenigen, die Rente bekommen, und denen, die arbeiten und Beiträge bezahlen, funktioniert nicht mehr.

Wenn man aufsummiert, was jemand bis zum Ende seines Lebens an Beiträgen einzahlt und was er an Leistungen herausbekommt, so zeigt sich schon heute: Alle, die älter als 25 Jahre sind, bekommen per Saldo mehr heraus als sie einzahlen. Das kann auf Dauer nicht gutgehen!

Beispiel Krankenversicherung

Heute bereits explodieren die Krankenkassenbeiträge und die Zwei-Klassen-Medizin ist bittere Realität in Deutschland. Das ist sozialer Sprengstoff! Das spaltet unser Land!

Wo sind hier die Konzepte von Rot-Grün? Rot-Grün hat auch hierauf keine verlässlichen Antworten. Ruhige Hand, wohin man blickt!

Heimat und Nation als Gegengewicht zur Globalisierung

Auch die Globalisierung stellt den Zusammenhalt unseres Volkes vor große Herausforderungen.

Natürlich irren die Kräfte, die internationale Verflechtung stoppen oder rückgängig machen wollen. Globalisierung bringt unserem exportabhängigen Land viel Gutes: wirtschaftliche Impulse, Wohlstand, eine bessere Kommunikation zwischen den verschiedenen Kulturen.

Aber wir müssen auch sehen: die Globalisierung verstärkt auch die Ängste der Menschen in unserem Volk und das Auseinanderdriften der Gesellschaft: Flexibilität darf nicht zur Bindungslosigkeit werden, Mobilität nicht zur Heimatlosigkeit.

Ökonomisierung und die Bedeutung der Börsenkurse dürfen nicht allein das Leben bestimmen – das empfinden viele Menschen als Kälte in einer immer hektischer werdenden Welt mit immer weniger Halt und Orientierung.

Wir brauchen zwar den Wettbewerb. Wir brauchen aber auch mehr Miteinander. Wir brauchen die Geborgenheit in der kleineren Einheit: in der Familie, im Verein, in der Gemeinde, in der Heimat. Wir brauchen auch die Identifikation mit der Nation als geschichtlicher, geistiger und kultureller Gemeinschaft.

Der Ruf der Menschen von Leipzig, von Dresden, von Erfurt, von Rostock und vielen anderen Orten in der damaligen DDR „Wir sind ein Volk“ muss in ganz Deutschland, in Ost und West, verpflichtendes Bekenntnis zur Nation bleiben.

Dieses Bewusstsein wollen wir in unserem Land stärken. Denn nur wer sich bewusst ist, woher er kommt, wohin er gehört und wo er kulturell verwurzelt ist, der kann den Nachbarn in Europa und den Nationen der Welt ein guter und verlässlicher Partner sein.

Gerade mit der Nation kann Rot-Grün traditionell wenig anfangen! Sie haben daher auch keine Antworten auf die Herausforderungen der Globalisierung!

Zentrale politische Herausforderungen

Der wirtschaftliche Abstieg unseres Landes, die Massenarbeitslosigkeit, die Überlastung unserer Sozialsysteme, der Verlust an sozialem Zusammenhalt, die demografische Entwicklung: Das sind die zentralen Herausforderungen und Zukunftsfragen für unser Land. Darauf erwarten die Menschen Antworten. Diese Antworten bleibt Rot-Grün schuldig!

Schröder und seinem Kabinett geht schon nach drei Jahren die Luft aus. Es fehlt jede Reformkraft. Die Lage ist ernst – aber wer soll dieses Kabinett noch ernst nehmen?

■ **Verteidigungsminister Scharpings** letzter Coup war der Kauf neuer Flugzeuge, ohne dass das Parlament die dafür notwendigen Mittel bereit gestellt hätte – eine unglaubliche Desavouierung des Deutschen Bundestages! Anschließend verprellt er unsere Bündnispartner.

Der muss sich inzwischen für so viele Fehler rechtfertigen, dass Schröder statt eines Verteidigungsministers einen Minister für Selbstverteidigung im Kabinett sitzen hat.

■ **Innenminister Schily** – einst Stütze des Kabinetts; jetzt muss er dringend selbst gestützt werden.

■ **Finanzminister Eichel** schaut mit seiner Schuldenbilanz mittlerweile ziemlich grau aus – das einzig Farbige an ihm ist der blaue Brief aus Brüssel!

■ **Und Gesundheitsministerin Ulla Schmidt.** Da kann ich nur sagen: Zu Risiken und Nebenwirkungen fragen Sie Kassenpatienten, Krankenkassen, ihren Arzt oder Apotheker!

■ **Schließlich Wirtschaftsminister Müller:** Der macht seinem Namen alle Ehre. Nach der bekannten Melodie: Das Wandern ist des Müllers Lust. Der ist längst schon auf Abwanderungskurs zurück in die Industrie.

Zu dieser Mannschaft von Gerhard Schröder kann ich nur sagen: mehr Schatten als Kabinett! Das ist das wahre Schattenkabinett! Und aus diesem Schatten muss unser Land heraus!

Neuanfang notwendig

Wir brauchen personell und inhaltlich einen Neuanfang – mit Kompetenz, Tatkraft und Glaubwürdigkeit. Politik ist harte Arbeit. Daran möchte ich mich messen lassen. Und daran messen wir Rot-Grün.

Wir wissen: Eine starke Wirtschaft ist Grundlage für Wohlstand, Arbeit und soziale Stabilität. Nur wenn wir wirtschaftlich stark sind, können wir die berechtigten Erwartungen der Menschen erfüllen und unseren Verpflichtungen nach innen und außen nachkommen.

Was über Deutschland geschrieben wird

Aber genau diese wirtschaftliche Leistungskraft ist heute bedroht wie nie zuvor. Es ist dramatisch, was Kommentatoren aus dem In und Ausland über uns schreiben:

- Deutschland: kranker Mann in Europa
- Deutschland – ein Sanierungsfall
- Der *economist* schreibt: Europa hat ein Problem – sein Name ist Deutschland!

Deutschland braucht die Trendwende

Für diese miserable Bilanz trägt Gerhard Schröder die Verantwortung. Und alle seine Versuche, die Verantwortung auf den 11. September und auf die weltweite Konjunkturschwäche zu schieben, sind Ausflüchte.

- Unsere europäischen Nachbarn haben der weltweiten Krise wesentlich besser getrotzt,
- sie sind deutlich schneller gewachsen,
- sie haben die Arbeitslosigkeit deutlich stärker abgebaut.

Der wahre Grund für die schlechte Wirtschaftslage ist Rot-Grün. Die Bundesregierung hat die Kräfte, die für Dynamik sorgen, nicht freigesetzt, sondern vielfach sogar gebremst.

Das hat Deutschland nicht verdient! Eine Trendwende muss her! Wir müssen den Motor wieder anwerfen!

Deshalb brauchen wir eine Steuerreform, die wirklich ankommt bei den Menschen, die neue Kräfte entfaltet. Unsere Politik heißt: weniger Staat, weniger Abgaben, mehr Netto für die Bürgerinnen und Bürger! Die Nettolöhne abzüglich der Preissteigerung sind in den letzten Jahren sogar gesunken.

Mittelstand und Existenzgründer entlasten

Es muss Schluss sein mit einer Politik, die den Menschen aus der linken Tasche das wieder herauszieht, was sie in die rechte Tasche hineingesteckt hat!

Unsere Politik heißt: Entlastung des Mittelstandes und der Existenzgründer.

Es ist der Mittelstand, der in den letzten Jahren neue Arbeitsplätze geschaffen hat, während die Großunternehmen Arbeitsplätze abgebaut haben.

Dennoch hat Rot-Grün vor allem die Großunternehmen, die Kapitalgesellschaften entlastet. Natürlich brauchen auch die Kapitalgesellschaften Entlastung. Aber eine Steuerreform, die vor allem „die Fetten noch fetter macht“, ist falsch angelegt.

Es ist doch eine gravierende Schiefelage, wenn die großen Unternehmen in Deutschland im Jahr 2000 noch 23 Milliarden Euro Körperschaftssteuer bezahlt haben und im Jahr 2001 rund 400 Millionen Euro ausbezahlt bekommen.

Die Körperschaftssteuer ist keine Einnahmequelle mehr. Sie ist ein Ausgabeposten. Dazu sagt der ehemalige Verfassungsrichter Professor Kirchhof:

„Wenn das Steuergesetz so unzulänglich ist, dass diejenigen, die in Deutschland wirtschaftlich erfolgreich sind, nicht entsprechend ihrem Erfolg zur Finanzierung der Gemeinwohlaufgaben herangezogen werden, dann ist dieses Gesetz grob fehlerhaft.“ (Quelle: Spiegel 5/2002)

Darunter leiden vor allem die Kommunen. Sie wissen nicht mehr, wie sie ihre Aufgaben gegenüber den Bürgern erfüllen sollen. Wir brauchen einen Richtungswechsel! Paul Kirchhof hat Recht: Die Steuerreform von Rot-Grün ist grob fehlerhaft. Deswegen haben wir sie abgelehnt.

Gerade im Osten Deutschlands, wo Großunternehmen noch dünn gesät sind, wo leistungsfähige mittelständische Strukturen erst wachsen müssen, sind diese falschen Weichenstellungen von verheerender Wirkung. Aufschwung gibt es im

Osten nur, wenn es mit den Existenzgründungen und mittelständischen Betrieben aufwärts geht!

Verschuldung nimmt Handlungsspielräume

Bei allem was jetzt zu tun ist, müssen wir leider feststellen, dass diese Bundesregierung mit ihrer verfehlten Steuer- und Finanzpolitik wichtige politische Handlungsspielräume deutlich eingeengt hat. Das ist leider heute die Ausgangslage. Deutschland hat heute die höchste jährliche Neuverschuldung aller EU-Länder und wird von Brüssel einen blauen Brief bekommen!

Wir werden auch hier einen Kurswechsel vornehmen. Die Alternative darf doch nicht sein: sparen oder investieren. Sie muss lauten: Gezielt sparen und gezielt investieren.

Da, wo CDU und CSU in den Ländern Verantwortung tragen, haben wir vergleichsweise

- die höchsten Investitionsquoten,
- die höchsten Wachstumsraten,
- die niedrigste Arbeitslosigkeit und
- die geringsten Schulden.

Das ist das Erfolgsmodell, das in ganz Deutschland wieder mehr zur Geltung gebracht werden muss.

Bremsen auch auf Arbeitsmarkt lösen

Wer mehr Arbeitsplätze schaffen will, muss den Arbeitsmarkt entriegeln und Bürokratie abbauen. Rot-Grün hat Schritt für Schritt Einstellungshürden aufgebaut:

- Mehr Belastung der geringfügigen Beschäftigung – Stichwort 630-Mark-Gesetz

- Einführung des generellen Teilzeitan-spruchs. Das schafft vor allem für die kleineren Betriebe Probleme und motiviert nicht zu Neueinstellungen.

- Einschränkungen der Möglichkeit zur befristeten Beschäftigung.

All diese Regelungen bedeuten: es entstehen nicht mehr, sondern weniger Arbeitsplätze.

Warum hat denn Deutschland weniger Erfolge beim Abbau der Arbeitslosigkeit erzielt als Spanien, Frankreich, Großbritannien, Finnland, Dänemark, die Niederlande und andere?

Warum reichen denn bei anderen bereits 0,5 % Wachstum aus, damit neue Arbeitsplätze entstehen, während Deutschland deutlich über 2 % Wachstum braucht, um auch nur einen zusätzlichen Arbeitsplatz zu schaffen?

Einstellungshindernisse beseitigen

Wir werden einen Kurswechsel vornehmen. Unsere Politik heißt: Einstellungshindernisse beseitigen. Wachstum allein reicht nicht, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Wir müssen die Verriegelung des Arbeitsmarkts beseitigen.

Und gerade für einfachere Tätigkeiten gilt: Arbeit muss sich wieder lohnen.

Es kann doch etwas nicht stimmen,

- wenn die Arbeitslosigkeit steigt,
- wenn die Sozialhilfeleistungen steigen,
- wenn viele offene Stellen nicht besetzt werden,
- aber gleichzeitig die Schwarzarbeit steigt – nach der jüngsten Schätzung auf 16,5 % der regulär erbrachten Wirtschaftsleistung.

Es kann doch etwas nicht stimmen, wenn viele Betriebe klagen: „Wir würden ja ger-

ne jemanden einstellen, aber wir finden niemanden, gerade für einfachere Tätigkeiten. Leute sagen uns ganz offen: Wir beziehen lieber Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe und arbeiten nebenher schwarz, als einen regulären Job anzunehmen.“

Wir müssen die Anreize erhöhen, dass Arbeit wieder angenommen wird. Wir müssen auch dafür sorgen, dass – wo dies nicht ausreichend geschieht – auch wieder vermehrt Arbeit angeboten wird.

- Da müssen die Steuern runter,
- da müssen die Sozialabgaben runter,
- da muss die Anrechnung von Arbeitseinkommen auf die Sozialhilfe und die Arbeitslosenhilfe verringert werden,
- und da müssen auch Leistungen gekürzt werden, wenn eine zumutbare Arbeit nicht angenommen wird.

Hier hat mein Kollege Roland Koch in Deutschland eine wichtige Diskussion angestoßen. Das kostet einerseits, aber es spart vor allem auch eine Menge, wenn wir nicht Arbeitslosigkeit, sondern Arbeit finanzieren.

Denn es gilt nicht nur: Wachstum schafft Beschäftigung, sondern Beschäftigung schafft auch Wachstum. Denn wer Arbeit und ein gesichertes Einkommen hat, der kann sich auch wieder etwas leisten, und das tut auch der Wirtschaft gut.

Wir brauchen eine hervorragende Ausbildung unserer Kinder

Deutschland ist stark geworden durch seinen Vorsprung bei Innovation, Qualität und Leistung. Das heißt natürlich vor allem: Wir brauchen eine hervorragende Ausbildung für unsere Kinder! Das ist nicht nur eine Frage des Geldes! Auch die Einstellung zur Bildung muss sich wieder ändern: Wir

wollen eigenständige, kritische und selbstbewusste Persönlichkeiten heranbilden. Aber wir müssen auch Tugenden wie Fleiß, Leistungsbereitschaft und Disziplin wieder mehr Geltung verschaffen.

Fördern und fordern

Nicht nur fördern, sondern auch fordern muss die Devise lauten! Denn nur wer fordert, fördert auch!

Bildung ist nicht nur Wissensvermittlung. Es geht auch um Erziehung, um Charakterbildung, um Herzensbildung, um die Erziehung zur Rücksichtnahme, zur Verantwortung, zur Mitmenschlichkeit! Dazu gehört auch Erziehung zur Demokratie, zum Bewußtsein, Teil einer Gemeinschaft zu sein.

Das kann die Schule nicht allein leisten. Erziehung ist in aller erster Linie eine Aufgabe der Familie. Hier vor allem werden Kinder geprägt. Hier erfahren sie Geborgenheit, Vertrauen und Solidarität. Die Familien sind elementares Kraft- und Lebenszentrum.

Wir messen der Familie eine überragende Rolle zu

Wir wollen niemand vorschreiben, wie er sein Leben und seine Partnerschaft gestaltet. Aber wir als Parteien der bürgerlichen Mitte messen der Familie traditionell eine überragende Bedeutung bei. CDU und CSU haben hier ein klares Profil:

- Wir wollen die finanzielle Familienförderung stufenweise zu einem Familiengeld ausbauen. Auch dafür ist Voraussetzung, dass wir die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit unseres Landes wieder nach vorne bringen.

■ Der zweite Pfeiler ist ein Bewußtseinswandel, damit unser Land wieder familien- und kinderfreundlicher wird. Es ist ein gutes Zeichen für die Zukunft unseres Landes, dass wieder mehr junge Menschen den Wert der Familie zu schätzen wissen. Die traditionelle Familie ist kein Auslaufmodell in Deutschland. Nach wie vor sind 84 % aller Eltern verheiratet. Diesen Wunsch nach Ehe, Familie und Kindern müssen wir fördern.

Den Zusammenhalt unserer Gesellschaft nicht durch noch mehr Zuwanderung gefährden

Es gibt in unserem Land Stimmen, die den Rückgang der Geburtenziffern und der Bevölkerung durch mehr Zuwanderung ausgleichen wollen. Das ist aber ein Irrweg. Der Zusammenhalt unserer Gesellschaft darf nicht durch noch mehr Zuwanderung gefährdet werden!

Ungesteuerte Zuwanderung birgt immer die Gefahr von Unverträglichkeiten, Rissen und Brüchen in unserer Gesellschaft. Deshalb ist uns eine erfolgreiche Integration so wichtig!

Integration hat zwei Seiten:

Wer dauerhaft bei uns leben möchte, der muss den Willen zur Integration haben und auch bereit sein, unsere Werte und unsere Kultur zu achten und zu respektieren.

Deutschland erbringt schon heute eine große Integrationsleistung! Wir integrieren jedes Jahr eine Stadt in der Größe von Nürnberg oder Dortmund. Und der Zuzug konzentriert sich auf Berlin und die Großstädte im Westen wie hier in Frankfurt!

Da ist die Integrationsfähigkeit vielerorts bereits jetzt überschritten! Petra Roth weiß, wovon ich rede!

Für uns gilt: Die Integrationsfähigkeit Deutschlands ist das Maß der Zuwanderung!

Bei über 4 Millionen Arbeitslosen besteht auf absehbare Zeit auch kein Bedarf für weitere Zuwanderung – mit Ausnahme von Spezialisten in Mangelberufen. Lassen Sie mich dazu Oskar Lafontaine zitieren:

„Wenn es 4 Millionen Arbeitslose gibt, ist Zuwanderung in den Arbeitsmarkt nicht begründbar.“

Deutschland ist ein ausländerfreundliches Land! Doch die Öffnung für eine unbegrenzte Zuwanderung

- ohne Rücksicht auf die Arbeitsmarktsituation im Land und
- ohne klare Konzepte zur Begrenzung und zur Integration

wird von den Menschen abgelehnt! Da wissen wir uns im Einklang mit der ganz großen Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland.

Unser Angebot an die Menschen in Deutschland

CDU und CSU wollen Menschen in unserem Land ein Angebot machen:

■ **Wir wollen** die wirtschaftliche Leistungskraft unseres Volkes stärken. Wir wollen erreichen, dass die Menschen wieder stolz sein können auf das, was in diesem Land geleistet wird!

■ **Wir wollen** allen den Rücken stärken, denen Verantwortung, Leistung, Kreativität und Mut etwas bedeuten!

■ **Wir wollen** die soziale Stabilität in Deutschland für die Zukunft sichern. Wir wollen Solidarität und Eigenverantwortung in eine zukunftsfähige Balance bringen.

■ **Wir wollen** denen wieder mehr gesellschaftliche Anerkennung verschaffen, die

an Bindung und Verlässlichkeit glauben und deshalb auch an Ehe und Familie festhalten.

■ **Wir wollen** Werte wie Gemeinsinn in einer aktiven Bürgergesellschaft, Geborgenheit, Heimatliebe und einen aufgeklärten Patriotismus stärken.

■ **Wir wollen** einen starken Staat nach innen und außen. Denn jeder Mensch hat ein Anspruch auf ein Leben in Sicherheit und Freiheit. Dazu brauchen wir eine effiziente Polizei mit Rückhalt in Politik und Bevölkerung. Dazu brauchen wir eine starke Bundeswehr, gestützt auf die Wehrpflicht.

Das sind Grundüberzeugungen der bürgerlichen Mitte. Dafür trete ich ein und dafür kämpfe ich gemeinsam mit der gesamten Union. Ich versichere Ihnen:

So wie ich mich als Ministerpräsident seit über acht Jahren für meine Heimat Bayern einsetze, mit der gleichen Kraft und Leidenschaft will ich mich für ganz Deutschland einsetzen!

Für dieses Land lohnt es sich hart zu arbeiten! Wir wollen gemeinsam für dieses Land, für die Menschen in diesem Land unseren vollen Einsatz bringen.

Dafür brauchen wir den Wechsel am 22. September! Wir haben eine wirkliche Chance für die Regierungsübernahme am 22. September! Dafür kämpfen wir, dafür packen wir an – gemeinsam, entschlossen, zuversichtlich!

ANGELA MERKEL:

Wir können nicht nur gewinnen. Wir werden gewinnen. Heute ist der **Auftakt** dazu

*Lieber Edmund Stoiber,
liebe Frau Stoiber, liebe Gäste aus
Bayern und – vor allen Dingen –
liebe Freunde der Union,*

Sie sind stellvertretend aus den Kreis- und Ortsverbänden hierher gekommen: zu dieser Veranstaltung, auf der wir noch einmal in großer Zahl – in diesem riesigen Saal, aber auch in den umliegenden Räumen – Sie, lieber Edmund Stoiber, als unseren gemeinsamen Kanzlerkandidaten offiziell begrüßen wollen.

Am 22. September dieses Jahres ist Wahltag. Wahltage sind Tage, an denen wird Bilanz gezogen. Jeder Bürger wird dies ganz alleine für sich tun. Und wir alle wissen: Vor zwei Jahren – ja eigentlich fast noch vor einem Jahr – gehörte Mut dazu, einfach zu behaupten: Wir können gewinnen am 22. September.



Jeder spürt: Bei Rot-Grün ist der Lack längst ab

Deshalb sage ich für die gesamte Union: Wir werden diese Chance nutzen – mit aller Kraft, mit allem Elan.

Worum geht es am 22. September? Es geht darum,

- dass wir wieder eine bessere Politik machen,
- dass wir einen besseren Bundeskanzler bekommen, aber vor allen Dingen – und darum geht es uns allen gemeinsam –,

- dass wir bessere Chancen für Deutschland haben – für die Menschen, die mehr können, als ihnen diese Politik von Rot-Grün möglich macht.

Jeder spürt: Bei Rot-Grün ist der Lack längst ab. Rot-Grün ist gescheitert. Rot-Grün ist – und das sieht man wieder in diesen Tagen – eine Regierung der Pleiten und Pannen.

Diese Regierung hat 1998 begonnen. Sie wird am 22. September im Stillstand enden. Es gehört zu den Einzigartigkeiten der deutschen Geschichte, dass ein amtierender Bundeskanzler selber das Symbol seines eigenen Scheiterns und Stillstands frei Haus liefert, indem er seine „ruhige Hand“ zum Symbol für Deutschland ausruft. Stillstand braucht Deutschland nicht. Deutschland braucht Bewegung. Und die kriegt Deutschland nur mit der Union.

Was wir immer wieder deutlich machen müssen: die Beweise für Stillstand und Scheitern. Wir haben über vier Millionen Arbeitslose, und jedes Jahr scheiden 200.000 Menschen mehr aus dem Arbeitsmarkt aus, als neue, junge auf den Arbeitsmarkt kommen. Als der Bundeskanzler von 3,5 Millionen Arbeitslosen gesprochen hat, da hat er dieses Versprechen abgegeben, weil es für ihn gar kein Wagnis war, sondern etwas Selbstverständliches. Denn er brauchte überhaupt nichts zu tun, um diese 3,5 Millionen zu erreichen. Wir sind inzwischen bei 4 Millionen Arbeitslosen – und darüber – angekommen.

Das zeigt, welch schlechte Politik Rot-Grün auf diesem Gebiet gemacht hat. Aber auch auf allen Gebieten spüren wir: Deutschland verliert den Anschluss an die europäischen Länder. Wir spüren es beim Wirtschaftswachstum. Wir spüren es bei der Bildung.

Mit uns soll sich Leistung endlich wieder lohnen

Liebe Freunde, wir wissen doch: Es liegt nicht an unsern Kindern, es liegt nicht an unsern Eltern, und es liegt auch nicht an den Lehrern, sondern einzig und allein daran, dass über Jahre in Deutschland eine Politik gemacht wurde, in der der Begriff Leistung nichts Gutes, sondern etwas Schlechtes war.

Mit uns soll sich Leistung endlich wieder lohnen: für die Menschen in diesem Land, für die Jungen und Älteren. Für jeden Einzelnen ist Leistung etwas ganz Wichtiges. Wenn man dagegen meint, Leistung lässt sich am besten im Fernsehen ansehen – so wie man sich die Bundesligaspiele anschaut, dann ist das Delegation von Leistung, die den Deutschen nicht gerecht wird. Jeder Einzelne muss bereit sein – und ist es ja auch –, Leistung für dieses Land zu bringen.

Dass die Bundesregierung nicht nur böse Briefe kriegt, sondern auch noch blaue, und zwar von der Europäischen Kommission, und dass dieser „blaue Brief“ Herrn Eichel ein Zeugnis dafür ausstellt, worauf er in völliger Verkennung der Realität auch noch stolz ist, nämlich für seine Haushaltspolitik, das spricht Bände.

Das Interessante dabei: Eichel versucht, immer nur über seinen Bundeshaushalt zu sprechen, und vertuscht, dass er die Lasten auf die Länder und Kommunen verschoben hat, wozu die Kommission und Theo Wai-

gel und der Stabilitätspakt und alles, was wir damals vereinbart haben, auch für Rot-Grün unmissverständlich klar gemacht haben müsste: Es zählt immer nur die Gesamtverschuldung.

Jetzt kommt aber raus, dass nicht nur Petra Roth kein Geld mehr hat, sondern dass auch Herr Eichel „blaue Briefe“ kriegt – zu Recht: Er hat sie verdient. Denn er hat die Finanzen dieses Landes ruiniert und in nur drei Jahren in einen unseligen Zustand gebracht. Als wir 1998 aus der Bundesregierung gehen mussten, haben Theo Waigel und Helmut Kohl ein Staatsdefizit von 1,8 Prozent Minus hinterlassen. Jetzt liegen wir nahe bei 3 Prozent. Das ist die Bilanz von drei Jahren rot-grüner Bundesregierung – und so darf es nicht weitergehen.

Das Allerschlimmste ist: Es ist nicht nur alles schlechter geworden, sondern auch noch komplizierter. Nie hat die Bürokratie in Deutschland solche Urstände gefeiert wie in den letzten drei Jahren. Wo Peter Müller und Roland Koch Gesetzesblätter weggeworfen haben, weil sie ihre Länder endlich mit einem bisschen mehr Freiraum regieren wollten, da hat die Bundesregierung unsinnige Gesetze gemacht: das Gesetz über die Scheinselbstständigkeit, das 630-Mark-Gesetz und vieles andere.

Der Bürger muss wieder mehr Freiheiten in diesem Land haben

Alle, die wir hier in diesem Saal sitzen, die wir ja sowieso nicht allzu viel Gutes von Rot-Grün erwarten: in zwei Bereichen sind selbst wir überrascht: Das Erste: Selbst ein Bundesbankpräsident – Herr Welteke, der erwiesenermaßen ein sozialdemokratisches Parteibuch hat – sagt über die Steuerreform von Herrn Eichel: Die Starken

sind stärker geworden und die Schwachen immer schwächer in diesem Land.

Dass so etwas sozialdemokratische Politik ist, das hätte ich nicht erwartet. Das muss sich ändern. Der Mittelstand, die kleinen Unternehmen – insgesamt 3,3 Millionen Selbstständige – müssen endlich wieder eine Chance bekommen.

Und dann die Familienpolitik: Die Sozialdemokraten haben nie begriffen, dass das Erziehen von Kindern genau so wichtig ist wie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und dass Familie nicht einfach nur da ist, wo Kinder sind, sondern dass Familie bedeutet: Verantwortung von Eltern für Kinder und von Kindern für Eltern zu übernehmen, und zwar dauerhaft. Wir wissen das, und das wird bei uns auch so bleiben: Familie als Ort der gegenseitigen Verantwortung.

Dass die Sozialdemokraten ausgerechnet die Gruppe der Alleinerziehenden zu Beginn dieses Jahres finanziell schlechter als ein Jahr zuvor gestellt und mit der Erhöhung der Ökosteuer dieser Gruppe noch mehr Lasten aufgebürdet haben: das hätten wir nicht erwartet. Und das wird sich wieder ändern. Familien, Verheiratete und Alleinerziehende müssen die gleichen Chancen haben.

Die Bilanz von Gerhard Schröder wird die Überschrift tragen: Versprochen – gebrochen

Und wir müssen es immer und immer wieder sagen: Versprochen und gebrochen.

Und wir müssen dazu sagen: Es gilt nicht nur für den Süden, dass CDU-regierte Länder besser sind als SPD-regierte Länder. Deshalb ist es so wichtig, dass Eckhardt Rehberg in Mecklenburg-Vorpommern gewinnt – wie Peter Müller und Roland Koch im Saarland und in Hessen gewonnen haben.

Deshalb wünschen wir ihm auch alles Gute und einen Wahlerfolg in Mecklenburg-Vorpommern.

Bundeskanzler Schröder ist mit dem Wort von der neuen Mitte gestartet. Diejenigen, die aus NRW kommen, wissen, dass es sich dabei eigentlich um eine Autobahnfahrt handelt. Manch anderer weiß das ja nicht. Dass ausgerechnet dieser Bundeskanzler Herrn Wowerit in Berlin dazu angestiftet und aufgefordert hat, die große Koalition zu verlassen, das Wagnis von Neuwahlen und – nach der Wahl – ein rot-rotes Bündnis in der deutschen Hauptstadt einzugehen, das werden wir Gerhard Schröder niemals verzeihen. Das werden wir ihm am Wahltag vorhalten. Und deshalb wird die Wahl am 22. September nicht nur eine Wahl darum sein, wer es besser kann, wer die besseren Konzepte hat, sondern auch eine Entscheidung darüber, welche Richtung Deutschland einschlägt.

Im Augenblick herrscht Aufbruchstimmung

Gehen wir weiter den Weg des Abstiegs? Oder sind wir bereit, endlich wieder den Anschluss zu schaffen und Spitze in Europa zu werden? Wir haben das Zeug dazu.

Wenn wir mit den Menschen in diesem Land – mit jedem Einzelnen – darüber sprechen, was diese Wahl für ihn bedeutet, für seinen Steuerbescheid, für die Schule seiner Kinder, für die vielen Aufgaben, die vor ihm liegen, dann haben wir eine große Chance. Jeder spürt doch: Im Augenblick herrscht eine unglaubliche Aufbruchstimmung.

Bei Rot-Grün war von Anfang an schon Wechselstimmung. Erst kam Klimmt für Müntefering, dann kam Bodewig für Klimmt, dann kam Frau Schmidt für Frau Fi-

scher, Frau Künast für Herrn Funke, Herr Steinmeier für Herrn Hombach und Herr Eichel für Herrn Lafontaine. Heute stellt sich nur noch die Frage: Wer kommt für Eichel, Scharping und Riester? Die Frage heißt dann auch: Mit wem will Schröder schließlich noch regieren?

Ich sage: Stoiber kommt für Schröder. Dann hat das Elend endlich ein Ende. Dann, lieber Edmund Stoiber, werden wir aus Deutschland wieder das machen, was in diesem Land steckt.

- **Dann werden wir eine Politik machen,** die den einzelnen Rentner und seine Sorgen ernst nimmt.
- **Dann werden wir eine Politik machen,** die die einzelne Mutter und den einzelnen Vater wieder ernst nimmt.
- **Dann werden wir eine Politik machen,** die die Politik für jede Arbeitnehmerin, für jeden Arbeitnehmer ist.
- **Dann werden wir eine Politik machen,** die den jungen Selbstständigen genauso ernst nimmt wie die großen Kapitalgesellschaften.

Wir werden ganz einfach jedem in diesem Lande wieder eine Stimme geben, wir werden keine Klientel- und Gruppenpolitik machen, keine Politik, die die einen gegen die

anderen ausspielt, keine Politik, die die Genossin der Bosse sein will, damit man auf der anderen Seite die Gewerkschaften pöppeln kann.

Wir sind eine tolle Truppe

Deshalb, liebe Freunde, freue ich mich auf die nächsten acht Monate. Denn ich spüre und weiß: Sie alle, die Sie heute hierher gekommen sind, und viele viele mehr freuen sich auf diese acht Monate Wahlkampf genau so wie ich.

Wir sind, lieber Edmund Stoiber, als Christlich Demokratische Union eine tolle Truppe:

- meistens einig
- fast immer harmonisch
- regional sehr vielfältig
- mit guter Stimmung und guter Laune
- und, wenn es mal nicht so klappt, dann werden wir beide ein Machtwort sprechen. Dann bin ich wenigstens nicht mehr alleine.

Also, lieber Edmund Stoiber, wir wollen mit Ihnen gemeinsam in die Schlacht ziehen. Wir können nicht nur gewinnen. Wir werden gewinnen: Heute ist der Auftakt dazu.